



Baden-Württemberg.de

📅 10.05.2017

LÄNDLICHER RAUM

Ein Jahr erfolgreiche Politik für die Menschen im Ländlichen Raum



📷 © Flickr.com/Schub@ (CC BY-NC-SA)

Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat die Stärkung des Ländlichen Raums erfolgreich fortgesetzt. Mit dem Kabinettsausschuss Ländlicher Raum, dem Umgang mit der Vogelgrippe und den jüngsten Frostschäden im Obst- und Weinbau sowie dem Beginn der Schaffung tragfähiger Verwaltungsstrukturen im Forstbereich blickt Minister Peter Hauk auf eine erfolgreiche Einjahresbilanz.

„Baden-Württemberg profitiert wie kaum ein anderes Land von einem starken Ländlichen Raum. Er bietet den Menschen Arbeitsplatz und Heimat. Und er ist Standort einer leistungsfähigen Landwirtschaft, die uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt. Unsere Politik sorgt dafür, dass dies auch künftig so sein wird“, sagte der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk, mit Blick auf die Einjahresbilanz der grün-schwarzen Landesregierung.

Gemeinsam mit den Menschen vor Ort werde die Landesregierung ihren erfolgreichen Weg weiter fortsetzen und an bereits Erreichtes anknüpfen.

Kabinettsausschuss Ländlicher Raum

„Vergleichbare Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land. Das ist das Thema unseres Kabinettsausschusses Ländlicher Raum, den wir eingerichtet haben und mit dem wir erfolgreich gestartet sind. Uns geht es um eine gute Versorgung der Menschen in allen Lebenslagen“, erklärte Hauk. Im Kabinettsausschuss Ländlicher Raum würden alle Fachressorts im Sinne einer integrierten Politik zusammenarbeiten. Gemeinsam würden eine Gesamtstrategie entwickelt und kreative Lösungsansätze in Modellprojekten erprobt. Im Rahmen mehrerer groß angelegter Bürgerdialoge habe man die Arbeit erfolgreich aufgenommen.

Leistungsfähige Landwirtschaft als Grundlage für hochwertige Lebensmittel

„Das vergangene Jahr hat gezeigt, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen wir stehen. Vogelgrippe und Frost waren und sind in der Landwirtschaft die großen Themen, die wir gemeinsam mit den Landwirte neben deren Alltagsgeschäft bewältigen mussten und müssen“, sagte der Minister. Das Vogelgrippegeschehen sei ein Beleg dafür, wie gut die Branche, die Verwaltung und die Politik gewinnbringend zusammenarbeiten würden. „Durch ein konsequentes und mit allen Akteuren abgestimmtes Vorgehen konnten wir bei uns ein Übergreifen der Wildvogelseuche auf Nutzgeflügelbestände verhindern. Andere Länder waren da weniger erfolgreich“, betonte Hauk und verwies auf Niedersachsen.

Die jüngsten Frostschäden im Obst- und Weinbau seien einer der Belege dafür, dass die Auswirkungen des Klimawandels in der Land- und Forstwirtschaft angekommen seien. „Die Wetterextreme nehmen in ihrer Häufigkeit und Heftigkeit zu und wir werden gemeinsam nach Lösungen suchen, wie wir unsere heimischen Erzeuger bestmöglich davor schützen können“, erklärte der Minister.

„Die Gesellschaft muss wieder mehr dafür sensibilisiert werden, wie regionale Produkte auf den Teller kommen. Essen aus dem Land ist nicht selbstverständlich. Ich möchte, dass unsere bäuerlichen Familienbetriebe den Platz in der Gesellschaft bekommen, der ihnen zusteht und die Menschen ihnen den Respekt entgegenbringen, den sie verdient haben“, betonte Hauk. Im Rahmen einer Regionalkampagne zugunsten heimischer Lebensmittel werde sich das Land dieses Themas annehmen.

Schaffung tragfähiger Verwaltungsstrukturen im Forstbereich

„Nach dem Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf im Kartellverfahren wird dem Land die Bewirtschaftung der baden-württembergischen Wälder aus einer Hand künftig untersagt. Mit den Kommunalen Landesverbänden sind wir uns einig, dass wir nun eine langfristige Lösung aus einem Guss brauchen, die am Ende Mensch, Wald, Tier, Natur und Forstwirtschaft gerecht wird“, sagte der Minister. Die hierzu notwendigen Eckpunkte würden derzeit erarbeitet und im Sommer 2017 vorgestellt

werden. Dabei würden den Belangen aller Waldbesitzarten Rechnung getragen werden. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts solle für den Staatswald eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Waldwirtschaft im Land schaffen.

[Beteiligungsportal: Kabinettsausschuss Ländlicher Raum](#)